Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.).

6. Jahrg. 1939	Berlin, Dienstag, 4. April	Nr. 521

Gauleiter Koch über die Eingliederung Memels.

Memel, 4. April. Gauleiter und Oberpräsident Koch, der am Dienstag die öffentlichen Einrichtungen und die künftigen Parteigebäude sowie das Hafengelände Memels besichtigte, äußerte sich in einem Gespräch mit dem Königsberger Vertreter des **Deutschen Nachrichtenbüros** über die Eingliederung Memels in die Aufbauarbeit Ostpreußens.

Der Gauleiter, der gleichzeitig Ueberleitungskommissar des Reiches ist, wies zunächst darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit, die unter der litauischen Herrschaft eine schwere Belastung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft darstelle, schon jetzt nach wenigen Tagen restlos beseitigt sei. Ferner sei die Not der Bauern, die wirtschaftlich vollständig darniederlagen, durch die Angleichung der Preise an die des Reiches mit einem Schlage entscheidend behoben worden. Bei dem überwiegend agrarischen Charakter des Landes an der Memel werde sich dieser Umstand auch auf den gesamten Lebensstandard auswirken, zu dem auch der Neuaufbau des Gewerbes und der Industrie mit dem in Ostpreußen bekannten Tempo in Angriff genommen worden sei.

Auf die Frage nach den zukünftigen Aufgaben des Memeler Hafens betonte Gauleiter Koch zunächst, daß eine ungesunde Konkurrenz zwischen den Häfen Königsberg und Memel nicht zu befürchten sei. Memel habe seine natürliche Aufgabe für den gesamten Ostraum. Notwendige Maßnahmen seien bereits vorbereitet, und Deutschland werde seinen Willen zu großzügiger internationaler Zusammenarbeit auch hier im Nordosten unter Beweis stellen.

Der Gauleiter gab in diesem Zusammenhang insbesondere der Hoffnung auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Litauen Ausdruck. An dem wirtschaftlichen Aufschwung würden, so betonte er, auch die litauischen Arbeiter teilhaben, die in den letzten 20 Jahren nach Memel gewandert seien. Deutschland brauche Arbeitskräfte, und es werde jedem anständigen litauischen Arbeiter eine gesicherte Existenz gewährleisten.

Aufruf an die Bevölkerung Prags.

Prag, 4. April. Der Primator der Stadt Prag, Dr. Klapka, und sein Stellvertreter, Professor Dr. Pfitzner, haben anläßlich der bevorstehenden Ankunft des Reichsprotektors, Freiherrn von Neurath, in Prag einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem diese aufgefordert wird, am Mittwoch die Häuser zu schmücken und dem Protektor einen herzlichen Empfang zu bereiten.

„Freiherr von Neurath kommt", so heißt es in dem Aufruf, „wie er selbst unlängst erklärt hat, in der Absicht, dem tschechischen Volkstum eine ungeahnte und freie Entwicklung seiner reichen Gaben zu gewährleisten und die böhmisch-mährischen Länder, denen Deutsche wie Tschechen in tiefer Heimatliebe verbunden sind, einer neuen kulturellen und wirtschaftlichen Blüte entgegenzuführen.

„Wir sind ihm für die schöne und tiefe Auffassung des ihm anvertrauten hohen Amtes dankbar; denn auch wir hegen keinen innigeren Wunsch als den, den Völkern in Ruhe und Frieden den Weg in eine bessere Zukunft zu bereiten.

„Wir fordern Euch daher auf, den hohen Protektor Eures Landes herzlich zu empfangen und zu zeigen, daß unsere altehrwürdige Stadt eine Stätte wahrer Gastfreundschaft ist und daß wir einen Mann, der seiner Mission eine so würdige Auffassung entgegenbringt, zu ehren wissen."

„England hat im deutschen Lebensraum nichts zu suchen."

Prag, 4. April. In einer Stellungnahme zur Rede des Führers in Wilhelmshaven unterstreicht der Prager **Narodni Sted** insbesondere die Stellen, in denen sich der Führer mit der Einkreisungspolitik Englands befaßte. Das Blatt erklärt, die Rede sei in jeder Beziehung denkwürdig gewesen, und weist insbesondere auf den Umstand hin, daß sie an dem Tage gehalten wurde, da das neue Schlachtschiff „Tirpitz" vom Stapel lief.

Der Führer, so schreibt das Blatt, habe deutlich und richtig erklärt, daß England im deutschen Lebensraum nichts zu suchen habe. Aus der ganzen Kundgebung spreche deutlich das Kraftbewußtsein des deutschen Volkes, das nicht zulassen werde, daß ihm jemand sein Lebensrecht streitig mache.

Den Entschluß des Führers, daß der kommende Parteitag die Bezeichnung „Parteitag des Friedens" tragen solle, bezeichnet das Blatt als den besten Beweis für die Bemühungen des Reiches, ein konstruktiver Friedensfaktor zu sein.

Ministerrat unter Vorsitz des Duce.

Rom, 4. April. Der italienische Ministerrat hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Duce eine Anzahl verwaltungstechnischer Maßnahmen, darunter die Bereitstellung von einer Milliarde Lire für Bewässerungsanlagen, sowie eine 6 bis 8prozentige Erhöhung der Pensionen der Staatsbeamten beschlossen.

Widerwärtiges Buhlen um die Hilfe Moskaus.

London, 4. April. In der Unterhausaussprache ergriff am späten Montagabend auch **Lloyd George** das Wort. Die Ausführungen des alten liberalistischen Politikers, dessen verhängnisvolle Rolle bei der Ausarbeitung des Versailler Diktats im deutschen Volke unvergessen ist, gipfelten in einer widerwärtigen Beweihräucherung der Sowjetunion, auf deren Mitwirkung das demokratische England bei seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland offenbar nicht verzichten will und kann.

Auch Lloyd George hieß die neue Politik des Ministerpräsidenten willkommen. Chamberlain habe die Erklärung abgegeben, er sei überzeugt, daß Hitler nicht länger mehr eine Politik gegen die Ungerechtigkeiten der Verträge verfolge, sondern nach der Weltherrschaft strebe. Es dürfe aber nicht dabei bleiben, daß nur die Politik der britischen Regierung geändert werde, sondern es müßten auch die Mittel geprüft werden, um ihre Durchführung zu erzwingen.

Der Ministerpräsident habe, so stellte Lloyd George mißbilligend fest, Sowjetrußland als eine Angelegenheit behandelt, in der man die Opposition beschwichtigen müsse, anstatt als eine militärische Angelegenheit von erstklassiger Bedeutung.

Wenn Hitler in Polen einmarschierte, um es zu annektieren, wie er das mit der Tschecho-Slowakei gemacht habe, so würden Frankreich und Großbritannien marschieren, aber wohin, mit welchen Streitkräften und wie? Wenn morgen der Krieg erklärt werden würde, würde England nicht ein einziges Bataillon nach Polen schicken können. Frankreich würde vor Befestigungen stehen, die gewaltiger seien, als die Hindenburglinie, die zu nehmen man vier Jahre gebraucht habe. Die polnische Armee sei vielleicht halb so groß wie die deutsche.

Die Polen seien ein tapferes Volk, aber der spanische Krieg und der chinesische Krieg hätten gezeigt, daß keine Tapferkeit und keine Ausbildung einem überwältigenden Artilleriefeuer und einem fürchterlichen Bombardement aus der Luft widerstehen könnten. Die Ausrüstung der polnischen Armee lasse sich mit der der deutschen nicht vergleichen. Es werde gesagt, Deutschland könne nicht auf zwei Fronten kämpfen. Er frage das Unterhaus aber, was würde mit Polen geschehen, während England Deutschland blockiere, wenn es auf eine solche Blockade viel besser vorbereitet sei als 1914 und die Franzosen die deutschen Westbefestigungen zu durchbrechen versuchten? Eine zweifache und dreifache Allianz sei daher nicht gut.

Die Politik der britischen Regierung beruhe auf vier Voraussetzungen, die alle falsch seien. Die erste bestehe darin, daß Mussolini sich als untreu erweisen würde. Wenn das wirklich sei, würde man auch mit der italienischen Armee zu rechnen haben, die doppelt so gut sei wie 1915. Er sei fest überzeugt, daß Mussolini nicht untreu werden würde. Denn ein Krieg dieser Art würde ihm die Gelegenheit geben, zu handeln, während Frankreich mit Deutschland beschäftigt sei.

Die zweite Annahme sei, daß General Franco seine Alliierten betrügen würde, die allein seinen Sieg in Spanien möglich gemacht hätten.

Die dritte Annahme bestehe darin, daß das Mittelmeer für Großbritannien offen bleiben würde, wie im letzten Krieg.

Die vierte und letzte Annahme sei die, daß Sowjetrußland sich früher oder später am Krieg beteiligen würde. Wenn Polen in Schwierigkeiten mit Deutschland geriete, würde es den Engländern unmöglich sein, dieses Land zu erreichen, und Polen müßte sich dann auf Sowjetrußland verlassen. Wenn die Regierung daher zum Kriege gegen Deutschland ohne die Hilfe Sowjetrußlands schritte, dann liefe Großbritannien in eine Falle.

Sowjetrußland sei das einzige Land, dessen Armeen nach Polen gelangen könnten, das einzige Land, das eine größere Luftflotte besitze. Die britische Luftwaffe reiche wohl zu Verteidigungszwecken aus, aber sie komme der deutschen nicht gleich. Auch 1914 habe man keine ideologischen Strupel gegen Rußland gehabt.

Lloyd George erging sich dann in stundenlangen Lobeshymnen auf die sowjetrussische Armee und verlangte schließlich, daß die Regierung zu ihren Worten stehe.

* * *

Die Ausführungen Lloyd Georges enthalten immerhin einige nüchterne Feststellungen, über die man in England etwas nachdenken sollte. Im übrigen sind sie weniger als die persönlichen Ergüsse eines senilen Politikers, über den die Weltgeschichte hinweg gegangen ist, zu werten, als vielmehr als ein typischer Fall jener echt englischen Geisteshaltung, die sich bei der Verfolgung politischer Ziele bedenkenlos über die sonst immer mit salbungsvollem Phrasenschwall hervorgebrachten humanitären „Grundsätze" hinwegsetzt.

Weiter zeigt sich hier wieder jene „edle" Seelenverwandtschaft zwischen Demokratie und Bolschewismus, die so häufig in entscheidenden Augenblicken zutage tritt.

Bischöfliches Silber im marxistischen Parteihaus.

Bilbao, 4. April. In Madrid entdeckte die Polizei bei einer Durchsuchung des marxistischen Parteihauses an der Segovidabrücke große Mengen Tafelsilber, Schmucksachen, goldene Kelche usw., die aus dem Bischofspalast geraubt worden waren.

In den Privatwohnungen der roten Bonzen findet man immer mehr gestohlene Werte, die nicht mehr ins Ausland verschleppt werden konnten.

Abschluß der Besprechungen Zwetkowitsch-Matschek.

Belgrad, 4. April. Ueber die Dienstagvormittag in Agram beendeten Besprechungen zwischen dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Zwetkowitsch und dem Präsidenten der Kroatischen Bauernpartei, Dr. Matschek, wurde eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß bei diesen mehrtägigen Besprechungen alle Fragen berührt wurden, die sich auf die Stellung der Kroaten im jugoslawischen Staat bezögen. Ebenso sei das Problem erörtert worden, wie man die berechtigten Wünsche der Kroaten erfüllen könne, um ein vollkommenes Vertrauen zwischen Serben, Kroaten und Slowenen zu schaffen, sowie um die Solidarität ihrer Interessen bei allen Kundgebungen ihres gemeinsamen Lebens möglichst zu festigen.

Die Besprechungen, an denen Ministerpräsident Zwetkowitsch die Initiative ergriffen habe, seien in einem sehr herzlichen Geist geführt worden. Man habe festgestellt, daß beide Gesprächspartner in ihrer Meinung im großen Ganzen über das Wesen der betreffenden Fragen übereinstimmten und auch dieselben Grundanschauungen über die Wege zu ihrer Lösung hätten. Da von beiden diesen Besprechungen größte politische Bedeutung beigemessen würde, sei beschlossen worden, sie nach den Ostertagen fortzusetzen.

Zwetkowitschs Besprechungen mit Matschek.

Belgrad, 4. April. Die Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten und Innenminister Zwetkowitsch und dem Kroatenführer Dr. Matschek in Agram werden in den der Regierung nahestehenden Blättern sehr optimistisch beurteilt.

Die offiziöse Agramer Zeitung **Novosti** schreibt, man dürfe nicht erwarten, daß bereits bei dieser ersten Zusammenkunft die Verständigung vollständig abgeschlossen werden werde; doch sei der Anfang bereits ein von allen Seiten anerkanntes wichtiges Ereignis.

Dr. Matschek erklärte einem Vertreter der **Vreme**: „Wir haben einen guten Anfang gemacht und den Pflug auf den Acker gestellt."

Jugoslovenska Poschta, das in Serajewo erscheinende Hauptorgan der früher scharf unitaristischen Jugoslawischen Nationalpartei, wünscht, daß die neue jugoslawische Innenpolitik soviel Kraftquellen erschließen werde, um Serben, Kroaten und Slowenen eine freie Entwicklung zu sichern und eine glückliche Zukunft zu gewährleisten.

Obzor, das Blatt der Agramer Intellektuellen, stellt fest, daß die politische Führung der Kroaten nichts verlange, was Serben und Slowenen schaden könnte.

Hrvatski Dvnik, das Agramer Zentralorgan Dr. Matschek's, erklärt, daß den Kroaten nichts an Worten und halben Maßnahmen gelegen sei.

Französischer Imperialismus in der Levante.

Paris, 4. April. Der ehemalige Minister und Vorsitzende des Mittelmeerausschusses, Rollin, hatte am Montag mit dem Außenminister Bonnet eine Unterredung, in deren Verlauf er die Aufmerksamkeit des Außenministers auf die ernste Lage in Syrien und auf „gewisse Machenschaften" lenkte, die darauf ausgingen, die Tätigkeit des französischen Oberkommissars in Syrien zu stören.

Rollin unterstrich insbesondere die außerordentliche Gefahr, die angenblicklich auf Hatay, dem früheren Sandschak Alexandrette, laste, dessen „Pseudoparlament" am Dienstag zusammentrete, um, wie man versichere, die Angliederung des Sandschaks an die Türkei zu fordern. Wenn ein solches Ereignis eintreten sollte, so betont in diesem Zusammenhang das **Journal**, würden sich für ganz Syrien „schwerwiegende Rückwirkungen" ergeben.

Auch der rechtsstehende **Jour** zeigt sich beunruhigt über die Gefahren, die dem französischen Einfluß und Ansehen im vorderen Orient und insbesondere in Syrien drohen. Das Blatt wendet sich mit aller Schärfe gegen die ehemalige Volksfrontregierung Blum; denn eine ihrer ersten Gesten habe in der Aufgabe Syriens bestanden.

Blum und sein Unterstaatssekretär Viénot hätten nach ihrem Machtantritt nichts Eiligeres zu tun gewußt, als Syrien mit dem Unabhängigkeitsvertrag auszustatten. Angesichts einer solchen Haltung wachse verständlicherweise bei anderen der Appetit. Die Türkei, „die im letzten Kriege dieses Gebiet verloren" habe, sei nun in der Lage, ihre Kandidatur für die französische Nachfolge anzumelden.

Man habe ihr bereits den Sandschak Alexandrette halb überlassen. In Syrien seien die inneren Schwierigkeiten aller Art die Folge des Viénot-Vertrages. Das Blatt bezeichnet es als ein Glück, daß dieser Vertrag nicht ratifiziert worden sei und die Fehler, die bisher begangen worden seien, daher wieder gutgemacht werden könnten.

Die Levantestaaten stellten für Frankreich nicht nur ein „traditionelles Gebiet des französischen Einflusses" dar, sondern erwiesen sich durch ihren Petroleumreichtum als eine wertvolle Versorgungsquelle. In Kriegszeiten würde dieses Gebiet die „vorgeschobene Bastion der französischen Vorrangstellung im östlichen Mittelmeer" sein. Frankreich müsse also nicht nur seinen Einfluß in diesen Gebieten aufrecht erhalten, sondern seine materielle und militärische Stellung in der Levante stärken.

Ankara dementiert französische Lügen.

Ankara, 4. April. Die Anatolische Agentur ist ermächtigt worden, die Meldungen des Figaro aus Hatay zu dementieren, wonach 60 000 Mann türkischer Truppen an den Grenzen zusammengezogen worden seien, um Hatay zu besetzen, daß ferner das Parlament von Hatay am Dienstag seinen Wiederanschluß an die Türkei proklamieren werde, und schließlich, daß sich in Aleppo türkenfreundliche Ausschüsse gebildet hätten, um die Bitte an die Türkei zu richten, die Truppen, die Hatay besetzen würden, bis nach Aleppo marschieren zu lassen.

Rückzug Roosevelts.

New York, 4. April. In Warmsprings, dem regelmäßigen Erholungsaufenthalt des Präsidenten Roosevelt, unterzeichnete dieser die Vorlage über den Umbau des Verwaltungsapparates der amerikanischen Bundesregierung. Diese Vorlage enthält nur mehr wenige der ursprünglich recht weitgehenden Pläne des Präsidenten.

Roosevelts Gegner erklärten, daß er unter der Firmierung Ersparnisse in der Bundesverwaltung zu erzielen, seine persönliche Machtstellung auszubauen versuche. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung, nach der die Abschaffung oder Zusammenlegung von Bundesbüros durch Verfügungen Roosevelts erst nach einer Frist von 60 Tagen wirksam werden, falls der Kongreß in dieser Zeit die Verfügungen nicht mißbilligt.

Verurteilte Sitzstreiker.

New York, 4. April. In Philadelphia wurde ein aufsehenerregendes Urteil gegen eine Gewerkschaft gefällt. Nachdem das Oberbundesgericht in Washington die Sitzstreiks für gesetzwidrig erklärt hatte, klagte eine Strumpfwarenfabrik auf Schadensersatz, den sie durch einen siebenwöchigen Sitzstreik im Jahre 1937 erlitten hatte. Die Fabrik besifferte ihren Schaden auf 237 000 Dollar.

Die Gewerkschaft, die den Streik angezettelt hatte, wurde zur dreifachen Schadensersatzleistung auf Grund des einschlägigen Antitrustgesetzes verurteilt. Die Gewerkschaft muß demnach 711 000 Dollar zahlen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.